Ergebnisprotokoll zur Sitzung des Gemeinderates

Mittwoch, 09.11.2016, 16:00 Uhr

Öffentlich

zu 1 **Änderungen der Gemeindeordnung**
Vorlage: 284/2016

Die Unterlagen wurden zur Kenntnis genommen.

zu 2 **Redaktionsstatut für die StadTtnachrichten Tett nang**
Vorlage: 288/2016

Beschlüsse:

1. IV Inhalt, Ziffer 15.1 – Vorschlag der Verwaltung:
Veröffentlicht werden grundsätzlich nur Beiträge von Gemeinderatsfraktionen und Zählgemeinschaften sowie von Ortschaftsratsfraktionen und Parteien und Wählervereinigungen die auf örtlicher Ebene organisiert sind.
mehrheitlich beschlossen bei 12 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung
2. IV. Inhalt, Ziffer 15.3, Satz 1 und 2 – Vorschlag der Verwaltung:
Die Beiträge müssen namentlich gekennzeichnet sein. Die einzelnen Beiträge werden auf 1.000 Zeichen begrenzt.
einstimmig beschlossen bei 23 Ja-Stimmen
3. IV. Inhalt, Ziffer 15.3, Satz 3 – Antrag StRat Hans Schöpf:
Pro Kalenderjahr dürfen so viele Beiträge veröffentlicht werden, wie die Gruppierungen möchten.
abgelehnt bei 2 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen
4. IV. Inhalt, Ziffer 15.3, Satz 3 – Vorschlag der Verwaltung:
Pro Kalenderjahr dürfen maximal 12 Beiträge veröffentlicht werden.
abgelehnt bei 8 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.
5. IV. Inhalt, Ziffer 15.3, Satz 3 – Vorschlag der Zählgemeinschaft Freie Wähler / FDP:
Pro Kalenderjahr dürfen maximal 10 Beiträge veröffentlicht werden.
mehrheitlich beschlossen bei 15 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen
6. IV. Inhalt, Ziffer 15.5 – Vorschlag der Verwaltung:
Parteien und Gruppierungen, die unter Ziffer 15.1 aufgeführt sind, dürfen pro Ausgabe einen Veranstaltungshinweis veröffentlichen. Das Zeichenlimit wird auf 300 Zeichen begrenzt.
einstimmig beschlossen bei 23 Ja-Stimmen

7. IV. Inhalt, Ziffer 16.2, Satz 3 – Vorschlag der Verwaltung:
Das Zeichenlimit von 400 Zeichen darf nicht überschritten werden.
mehrheitlich beschlossen bei 18 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen
8. VI. Aufnahme von Texten und Bildern, Ziffer 1 – Vorschlag der Verwaltung & Ergänzung StRat Hans Schöpf:
Die Redaktion behält sich das Recht vor, die Beiträge zu kürzen. Dies gilt mit Ausnahme von IV. Ziffer 15. Texte, die mehr Zeichen enthalten, wie vorgeschrieben, werden mit der Bitte um Kürzung zurückgegeben. Sollten die Texte nicht rechtzeitig an die Redaktion zurückgegeben werden, erfolgt keine Veröffentlichung in der aktuellen Ausgabe.
einstimmig beschlossen bei 23 Ja-Stimmen
9. VI. Aufnahme von Texten und Bildern, Ziffer 4, Satz 4 und 5 – Vorschlag der Verwaltung:
Bei der Kategorie Vereine, Fraktionen & Parteien kann ein Bild mit Bildnachweis veröffentlicht werden. Die 400 bzw. 1000 Zeichen dürfen dabei nicht überschritten werden.
einstimmig beschlossen bei 23 Ja-Stimmen
10. Das Redaktionsstatut in der Anlage wird mit den vorher beschlossenen Änderungen beschlossen.
einstimmig beschlossen bei 23 Ja-Stimmen

zu 3 **Änderung der Hauptsatzung der Stadt Tettanang** Vorlage: 285/2016

Beschlüsse:

1. StRat Hansjörg Bär beantragt eine 10-minütige Unterbrechung zur Abstimmung.
einstimmig beschlossen bei 23 Ja-Stimmen
2. § 5 Abs. 3 Ziffer 1 – Vorschlag der Verwaltung:
Die Bewirtschaftung der Mittel nach dem Haushaltsplan einschließlich der Vergabe von Aufträgen, soweit der Betrag im Einzelfall mehr als 60.000,-- €, aber nicht mehr als 250.000,-- € beträgt.
abgelehnt bei 11 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen
3. § 5 Abs. 3 Ziffer 1 – Vorschlag der CDU & Zählgemeinschaft Freie Wähler / FDP:
Die Bewirtschaftung der Mittel nach dem Haushaltsplan einschließlich der Vergabe von Aufträgen, soweit der Betrag im Einzelfall mehr als 40.000,-- €, aber nicht mehr als 200.000,-- € beträgt.
mehrheitlich beschlossen bei 20 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung
4. § 5 Abs. 3 Ziffer 2 – Vorschlag der Verwaltung:
Die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben von mehr als 15.000,-- €, aber nicht mehr als 50.000,-- € im Einzelfall, sowie zur Verwendung von Deckungsreserven im gleichen Rah-

men.

abgelehnt bei 4 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

5. § 5 Abs. 3 Ziffer 2 – Vorschlag der Verwaltung:
Die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben von mehr als 10.000,-- €, aber nicht mehr als 50.000,-- € im Einzelfall, sowie zur Verwendung von Deckungsreserven im gleichen Rahmen.
zugestimmt bei 19 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen
6. § 7 Abs. 2 Ziffer 2.1 – Vorschlag der Verwaltung:
Die Ernennung, Einstellung, Entlassung einschließlich Höhergruppierung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen von Beamten der Besoldungsgruppe A9 – A11 und von Beschäftigten der Entgeltgruppe E9 bis EG 11 oder einem entsprechenden Entgelt.
einstimmig beschlossen bei 23 Ja-Stimmen
7. § 7 Abs. 2 Ziffer 2.2 – Vorschlag der Verwaltung:
Die Bewilligung von im Haushaltsplan nicht einzeln ausgewiesenen Freiwilligkeitsleistungen von mehr als 2.000,-- €, aber nicht mehr als 10.000,-- € im Einzelfall, fortlaufende Beträge jedoch von 250,-- € bis 1.000,-- € jährlich.
mehrheitlich beschlossen bei 11 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen
8. § 7 Abs. 2 Ziffer 2.3 – Vorschlag der CDU & Zählgemeinschaft Freie Wähler / FDP:
Die Stundung von Forderungen von mehr als 10.000,-- €, aber nicht mehr als 75.000,-- €.
mehrheitlich beschlossen bei 20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen
9. § 7 Abs. 2 Ziffer 2.4 – Vorschlag der Verwaltung:
Den Verzicht auf Ansprüche der Stadt oder die Niederschlagung solcher Ansprüche, die Führung von Rechtsstreitigkeiten und den Abschluss von Vergleichen, wenn der Verzicht, die Niederschlagung oder der Streitwert oder bei Vergleichen das Zugeständnis der Stadt im Einzelfall mehr als 10.000,-- €, aber nicht mehr als 50.000,-- € beträgt.
abgelehnt bei 4 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen
10. § 7 Abs. 2 Ziffer 2.4 – Vorschlag der CDU & Zählgemeinschaft Freie Wähler / FDP:
Den Verzicht auf Ansprüche der Stadt oder die Niederschlagung solcher Ansprüche, die Führung von Rechtsstreitigkeiten und den Abschluss von Vergleichen, wenn der Verzicht, die Niederschlagung oder der Streitwert oder bei Vergleichen das Zugeständnis der Stadt im Einzelfall mehr als 5.000,-- €, aber nicht mehr als 30.000,-- € beträgt.
mehrheitlich beschlossen bei 19 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen
11. § 7 Abs. 2 Ziffer 2.5 – Vorschlag der Verwaltung:
Die Veräußerung und dingliche Belastung, den Erwerb und Tausch von Grundeigentum oder grundstücksgleichen Rechten, einschließlich der Ausübung von Vorkaufsrechten im Wert von mehr als

50.000,-- €, aber nicht mehr als 100.000,-- € im Einzelfall.

abgelehnt bei 4 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

12. § 7 Abs. 2 Ziffer 2.5 – Vorschlag der CDU und Zählergemeinschaft Freie Wähler / FDP:

Die Veräußerung und dingliche Belastung, den Erwerb und Tausch von Grundeigentum oder grundstücksgleichen Rechten, einschließlich der Ausübung von Vorkaufsrechten im Wert von mehr als 30.000,-- €, aber nicht mehr als 100.000,-- € im Einzelfall.

mehrheitlich beschlossen bei 19 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung

13. § 7 Abs. 2 Ziffer 2.6 – Vorschlag der Verwaltung:

Verträge über die Nutzung von Grundstücken oder beweglichem Vermögen bei einem jährlichen Mietwert oder Pachtwert von mehr als 12.000,-- €, aber nicht mehr als 40.000,-- € im Einzelfall.

mehrheitlich beschlossen bei 15 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen

14. § 7 Abs. 2 Ziffer 2.7 – Vorschlag der Verwaltung:

Die Veräußerung von beweglichem Vermögen von mehr als 10.000,-- €, aber nicht mehr als 40.000,-- € im Einzelfall.

abgelehnt bei 7 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

15. § 7 Abs. 2 Ziffer 2.7 – Vorschlag der CDU & Zählergemeinschaft Freie Wähler / FDP:

Die Veräußerung von beweglichem Vermögen von mehr als 10.000,-- €, aber nicht mehr als 30.000,-- € im Einzelfall.

mehrheitlich beschlossen bei 19 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung

16. § 7 Abs. 2 Ziffer 2.9 – Vorschlag der Verwaltung:

Die Übernahme von Ausfallbürgschaften im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues im Betrag von mehr als 100.000,-- €, aber nicht mehr als 200.000,-- €, bei den übrigen Bürgschaften von 50.000,-- € bis zu 200.000,-- €.

abgelehnt bei 2 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung

17. § 7 Abs. 2 Ziffer 2.9 – Vorschlag der CDU & Zählergemeinschaft Freie Wähler / FDP:

Die Übernahme von Ausfallbürgschaften im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues im Betrag von mehr als 50.000,-- €, aber nicht mehr als 150.000,-- €, bei den übrigen Bürgschaften von 10.000,-- € bis zu 100.000,-- €.

mehrheitlich beschlossen bei 22 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung

18. § 8 Abs. 2 Ziffer 2.3 – Vorschlag der Verwaltung:

Die Entscheidung über die Ausführung eines Bauvorhabens (Baubeschluss) und die Vergabe der Lieferungen und Leistungen für die Bauausführung (Vergabebeschluss) bei voraussichtlichen bzw. tatsächlichen Gesamtbaukosten von über 60.000,-- €, aber nicht mehr als 400.000,-- € im Einzelfall. Anerkennung der Schlussabrechnung (Abrechnungsbeschluss) bei voraussichtlichen bzw. tatsächlichen Ge-

sambaukosten bis 400.000,-- €.

abgelehnt bei 4 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

19. § 8 Abs. 2 Ziffer 2.3 – Vorschlag der CDU & Zählergemeinschaft Freie Wähler / FDP:

Die Entscheidung über die Ausführung eines Bauvorhabens (Baubeschluss) und die Vergabe der Lieferungen und Leistungen für die Bauausführung (Vergabebeschluss) bei voraussichtlichen bzw. tatsächlichen Gesamtbaukosten von über 40.000,-- €, aber nicht mehr als 400.000,-- € im Einzelfall. Anerkennung der Schlussabrechnung (Abrechnungsbeschluss) bei voraussichtlichen bzw. tatsächlichen Gesamtbaukosten bis 400.000,-- €.

mehrheitlich beschlossen bei 19 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

20. § 11 Abs. 2 Ziffer 2.1 – Vorschlag der Verwaltung:

Die Bewirtschaftung der Mittel nach dem Haushaltsplan einschließlich Vergabe von Arbeiten und Lieferungen bis zum Betrag von 60.000,-- € im Einzelfall.

abgelehnt bei 10 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung

21. § 11 Abs. 2 Ziffer 2.1 – Vorschlag CDU & Zählergemeinschaft Freie Wähler / FDP:

Die Bewirtschaftung der Mittel nach dem Haushaltsplan einschließlich Vergabe von Arbeiten und Lieferungen bis zum Betrag von 40.000,-- € im Einzelfall.

mehrheitlich beschlossen bei 17 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen

22. § 11 Abs. 2 Ziffer 2.2 – Vorschlag der Verwaltung:

Die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben und zur Verwendung von Deckungsreserven bis zu 20.000,-- € im Einzelfall.

abgelehnt bei 6 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

23. § 11 Abs. 2 Ziffer 2.2 – Vorschlag der CDU & Zählergemeinschaft Freie Wähler / FDP:

Die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben und zur Verwendung von Deckungsreserven bis zu 10.000,-- € im Einzelfall.

mehrheitlich beschlossen bei 16 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen

24. § 11 Abs. 2 Ziffer 2.3 – Vorschlag der Verwaltung:

Die Ernennung, Einstellung und Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen von Beamten der Besoldungsgruppe A8, von Beschäftigten bis zur Entgeltgruppe 8 oder bis zu einem entsprechenden Entgelt, von befristeten Beschäftigungsverhältnissen bis zu einem Jahr, von geringfügig Beschäftigten i. S. d. SGB, von Praktikanten und anderen in Ausbildung stehenden Personen.

mehrheitlich beschlossen bei 22 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen

25. § 11 Abs. 2 Ziffer 2.14 – Vorschlag der Verwaltung:

Bei der Entscheidung über die Zulassung von Ausnahmen gemäß § 31 Abs. 1 BauGB.

einstimmig beschlossen bei 23 Ja-Stimmen

26. § 17 Abs. 1 i) – Vorschlag der Verwaltung:
Stellungnahmen über die Zulässigkeit von Vorhaben nach §§ 31 Abs. 2 bis 35 BauGB, wenn die jeweilige Angelegenheit für die Bauleitplanung der Ortschaft oder Stadt von besonderer Bedeutung oder Wichtigkeit ist. Es erfolgt ein Sachvortrag durch die Verwaltung. Die Verwaltung verfasst eine Bauantragsliste als Information und sendet diese regelmäßig zu.

Diese Formulierung wird vorbehaltlich einer anderen Aussage der Rechtsaufsichtsbehörde beschlossen.

mehrheitlich beschlossen bei 12 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen

27. Die Hauptsatzung in der Anlage wird mit den vorher beschlossenen Änderungen inklusive des Vorbehalts beschlossen.

mehrheitlich beschlossen bei 19 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen

zu 4

Änderungen der Geschäftsordnung der Stadt Tett nang

- Anpassungen durch die Verwaltung

- Antrag der Zählgemeinschaft Bündnis 90 / DIE GRÜNEN & SPD

- Anregung der Zählgemeinschaft Bündnis 90 / DIE GRÜNEN & SPD

Vorlage: 286/2016

Beschlüsse:

1. § 2 Abs. 1 Satz 2 – Vorschlag der Verwaltung:
Eine Fraktion muss aus mindestens 2 Stadträten / Stadträtinnen bestehen.
mehrheitlich beschlossen bei 16 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen
2. § 4 Abs. 3 Satz 2 – Vorschlag der Verwaltung:
Dieser Tagesordnungspunkt wird auf maximal eine halbe Stunde begrenzt.
einstimmig beschlossen bei 20 Ja-Stimmen
3. § 4 Abs. 4 Satz 1 – Vorschlag der CDU:
Schriftliche oder elektronische Anfragen sind, sofern es der Gegenstand der Frage zulässt, innerhalb von zwei Wochen zu beantworten.
abgelehnt bei 7 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen
4. § 4 Abs. 5 – Vorschlag der Verwaltung:
Eine Aussprache über Anfragen findet nicht statt (Grundsatz).
einstimmig beschlossen bei 17 Ja-Stimmen
5. § 12 Abs. 6 – Antrag der Zählgemeinschaft Bündnis 90 / DIE GRÜNEN / SPD:
Die Sitzung von Gemeinderat, Verwaltungsausschuss und Technischem Ausschuss beginnen in der Regel nicht 16.00 Uhr. Hiervon kann

im Laufe eines Kalenderjahres bei bis zu 2 Sitzungen des jeweiligen Gremiums abgewichen werden.

mehrheitlich beschlossen bei 14 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen

6. § 12 Abs. 7 - Antrag der Zählgemeinschaft Bündnis 90 / DIE GRÜNEN / SPD:
Die regelmäßigen Sitzungen werden auf eine Dauer von maximal 5 Stunden begrenzt. Soweit bis dahin die Tagesordnung noch nicht abgehandelt ist, sind die noch unbehandelten Tagesordnungspunkte in die nächstfolgende Sitzung zu vertagen oder in einer neu anzusetzenden Sitzung zu behandeln.
mehrheitlich beschlossen bei 10 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen
7. **Das Gremium und die Verwaltung einigen sich darauf über umfangreiche Tagesordnungspunkte eine Zusammenfassung anzufertigen. Diese Zusammenfassung mit eventuellen Planunterlagen wird in Schriftform versandt. Die kompletten Unterlagen werden im Ratsinformationssystem eingestellt.**
8. § 14 Abs. 1 Ergänzung Satz 5 – Vorschlag CDU:
Tischvorlagen sollen eine Ausnahme darstellen.
mehrheitlich beschlossen bei 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen
9. § 19 Abs. 6 Satz 2 – Vorschlag CDU:
Weiterhin sollten sich die Erklärungen der Fraktion oder Zählgemeinschaft auf maximal 3 Minuten beschränken und die weiteren Redner auf maximal 2 Minuten (Ausnahme: Haushaltsreden).
mehrheitlich beschlossen bei 16 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung
10. § 22 Abs. 6 – Vorschlag CDU:
Der Gemeinderat stimmt in der Regel offen ab. Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefasst. Der Bürgermeister hat Stimmrecht; bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt. Bei allen Personalentscheidungen z. B. Höhergruppierung und Einstellungen wird grundsätzlich geheim abgestimmt.
einstimmig beschlossen bei 18 Ja-Stimmen
11. § 26 Abs. 1 a) Satz 2 – Vorschlag der CDU:
Die Erklärung kann nur vor der Abstimmung abgegeben werden.
einstimmig beschlossen bei 18 Ja-Stimmen
12. § 27 Abs. 2 a) Satz 1 – Vorschlag der CDU:
Die Fragestunde findet in der Regel um 18.00 Uhr in jeder öffentlichen Sitzung des Gemeinderates statt.
einstimmig beschlossen bei 18 Ja-Stimmen
13. Die Geschäftsordnung in der Anlage wird mit den vorher beschlossenen Änderungen beschlossen.
einstimmig beschlossen bei 18 Ja-Stimmen

zu 5 **Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit**
Vorlage: 287/2016

Beschlüsse:

1. § 1 Abs. 2 – Antrag der Zählgemeinschaft Bündnis 90 / DIE GRÜNEN / SPD:
Der Durchschnittssatz beträgt bei einer zeitlichen Inanspruchnahme
je angebrochener Stunde vor 16.00 Uhr 30,00 €
nach 16.00 Uhr bis zu 3 Stunden 30,00 €
nach 16.00 Uhr von 3 bis 5 Stunden 50,00 €
Es gilt ein Tageshöchstsatz von 100,00 €
mehrheitlich beschlossen bei 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen
2. § 5 Abs. 1 Satz 3 – Vorschlag der Verwaltung:
Für jede angefangene Stunde der Tätigkeit erhält der Ehrenamtliche eine Erstattung bis zu einer Höhe von 20 Euro. Der Tageshöchstsatz von 90 Euro darf nicht überschritten werden.
mehrheitlich beschlossen bei 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen
3. Die Satzung über ehrenamtliche Entschädigung in der Anlage wird mit den vorher beschlossenen Änderungen beschlossen.